

**An den
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf**

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/381**

A05, A15



Deutsche Vereinigung für
Politische Bildung
Nordrhein-Westfalen e.V.
– *Der Fachverband für politische und
ökonomische Bildung in NRW!*

**„Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie wer-
ben – Politische Bildung muss alle mitnehmen!“**

Antrag der Fraktion SPD, Drucksache 17/815

Anhörung im Hauptausschuss am 15. März 2018

Stellungnahme der DVPB NW

Die DVPB NW begrüßt den im Antrag (Drucksache 17/815) formu-
lierten Beschluss, die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
auszubauen und politische Bildung für alle zu gewährleisten.

In Nordrhein-Westfalen gibt es viele Möglichkeiten der politischen
Partizipation und Beteiligung sowie des ehrenamtlichen Engage-
ments. Es sind aber vor allem Menschen aus bildungsnahen
und/oder sozioökonomisch gut aufgestellten sozialen Milieus, die
die Möglichkeiten der Einflussnahme und der Gestaltung von Politik
und Gesellschaft nutzen. Die soziale Selektivität erstreckt sich zu-
dem nicht nur auf die soziale Herkunft von Parteimitgliedern, die
Zusammensetzung von Parlamenten und die Beteiligung an Wah-
len, sondern tendenziell auch auf andere Formen politischer Parti-
zipation (z.B. Plebiszit, Engagement in Bürgerinitiativen) bis hin zur
Mitgliedschaft in Vereinen, z.B. Sportvereinen. Problematisch ist
diese „Krise der Repräsentation“, weil Strukturen sozialer Ungleich-
heit vertieft und ausgebaut werden und hierdurch die Politikver-
drossenheit und Demokratiedistanz zunimmt.

Die Ursachen für die geringe politische und gesellschaftliche Betei-
ligung der formal gering qualifizierten und sozioökonomisch be-
nachteiligten Milieus sind vornehmlich in gesellschaftlichen Ursa-
chen zu finden, z. B.

- in den geringeren sozialen, ökonomischen etc. Ressourcen
dieser Sozialgruppen;

Der Vorstand
Prof. Dr. Bettina Zurstrassen
(Vorsitzende)
Thorsten Obel
(Geschäftsführung)

Postfach 100532
47003 Duisburg

Duisburg, 15.09.2015

Steuernummer
109/5849/0584
Finanzamt Duisburg-Süd

Bankverbindung
dvpb-nw e.v.
Stadtsparkasse Duisburg
IBAN: DE29350500000231001348
BIC: DUISDE33XXX

Gläubiger-Identifikationsnr.
DE09ZZZ00000945945

Beirat:
Prof. Dr. Sibylle Reinhardt
Universität Halle a.d.S.
Maria Springenberg-Eich
Landeszentrale pol. Bildung NRW
Prof. Dr. Helmut Bremer
Universität Duisburg/Essen
Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer
Universität Bielefeld
Michael Hirz
Programmdirektor Phoenix

- in den oft negativen politischen Selbstwirksamkeitskonzepten, d.h. das Gefühl durch politisches Engagement etwas bewegen zu können, ist geringer ausgeprägt. Politikwissenschaftliche Studien belegen, dass sozioökonomisch gut gestellte Milieus ihre Interessen in der Politik tatsächlich besser durchsetzen können (siehe 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung);
- in den diskriminierenden Strukturen des Bildungssystems, die sich sowohl auf die Bildungspläne an Schulen, die Lehrerversorgung, den sozialen Vorurteilen von Akteuren im Bildungssystem, aber auch in der Angebotsstruktur von politischen Bildungsangeboten für die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung begründen, die viele Jahre stark auf bildungsbürgerliche Milieus abgezielt hat (falsche Anreizstrukturen durch Drittmittelgeber). Um die Ausführungen exemplarisch empirisch zu konkretisieren: Im Schuljahr 2016/17 lag der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts im Fach „Politik“ an Hauptschulen bei 85,6%, an Realschulen bei 62,7%, dagegen an Gymnasien „nur“ bei 27,2% (MSW 2017/, S. 128, 130). Die Schülerinnen und Schüler also, die im Elternhaus am wenigsten mit (formaler Politik) in Berührung kommen, erfahren auch in der Schule am wenigsten, vor allem am wenigsten fachlich qualifizierte politische Bildung.

Das Vorurteil, dass eine Lehrkraft oder ein/e Dozent/in, die täglich die Zeitung liest, auch Politikunterricht erteilen kann, ist empirisch nicht zu halten und unverantwortlich. Politische Bildung in der Demokratie ist herausfordernd – für die Lernenden und für die Lehrenden –, denn sie konfrontiert die Beteiligten mit komplexen gesellschaftlichen Problemen und Lebenssituationen, mit sozialer Pluralität, gesellschaftlichen Konflikten, der Offenheit der Zukunft und der Mühsal demokratischer Aushandlungs- und Konfliktlösungsprozesse. Die Schülerinnen und Schüler in der Schule müssen in der politischen Bildung die Gelegenheit haben zu lernen, mit Frustration umzugehen, die die Auseinandersetzung mit Politik und Gesellschaft zwangsläufig mit sich bringt. Hierzu gibt es in der politischen Bildung viele Lehrernarrangements, die aber aufgrund der Verdrängung politischer und sozialer Inhalte aus den Curricula zugunsten von ökonomischen Inhalten (Schülerfirma, Aktienhandel) oft nur ansatzweise und verkürzt umgesetzt werden können. Der Kinderreport 2012 hat gezeigt, „dass Kinder durch Mitbestimmung schon in jungen Jahren soziale Kompetenzen entwickeln, die sie stark machen und ihre Chancen auf eine positive Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihrer wirtschaftlichen Lebensbedingungen verbessern“ (Deutsches Kinderhilfswerk 2017, S. 16).

Bei der DJI-Umfrage fordern 89% der Bevölkerung eine Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichts in Schulen, weil sie politische Bildung für einen sinnvollen Weg zur Vermittlung demokratischer Werte betrachten (Deutsches Kinderhilfswerk 2017, S. 17).

In der Drucksache 17/815 wird die Quartiersentwicklung als ein Umsetzungsvorschlag eingebracht, um Politische Bildung für alle zu gewährleisten. Die DVPB NW unterstützt diesen Vorschlag. Das Erleben von politischer Selbstwirksamkeit kann in diesen kommu-

nenalen Projekten gefördert und die Herausforderungen demokratischer Verhandlungsprozesse erlebt werden. Ein Wir-Gefühl in den Quartieren, also in der interaktiven Erfahrbarkeit von Gesellschaft kann gestärkt werden. Maßnahmen wie Lernen durch Engagement belegen, dass soziales Engagement positive Wirkung auf die politische Sozialisation von Jugendlichen mit sich bringt, das Interesse an Gesellschaft steigt und prosoziales Verhalten gefördert wird (vgl. (DJI 2013, S. 19-20).

Die DVPB NW hält es dabei aber für unerlässlich, die vorhandenen Strukturen und Institutionen der Politischen Bildung in den Quartieren einzubeziehen, Das sind vor allem auch die Schulen. Das Kindes- und Jugendalter ist eine zentrale Phase der politischen Sozialisation. Die LifE-Studie belegt eindrucksvoll, dass Erwachsene, bei denen im Kinder- und Jugendalter nicht ein Interesse an Politik geweckt werden kann, im Erwachsenenalter kaum noch erreicht werden können. Es sind zudem vor allem die formal „bildungsfernen“ Jugendlichen, die von regulären schulischen Angeboten profitieren, denn von außerschulischen Programmen profitierten bisher vor allem Jugendliche aus bildungsnahen Elternhäuser. Nur selten gelänge es, so das DJI, durch gezielte außerschulische Programme auch bildungsferne Schülerinnen und Schüler zu erreichen (vgl. DJI 2013, S. 20).

Möglichkeiten der Kooperation zwischen Schulen und Institutionen der non-formalen politischen Bildung im Rahmen der Quartiersentwicklung sehen wir wie folgt:

- Quartiersentwicklungsprojekte im Rahmen des gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts (analog zu z.B. Schülerfirmen).
- Obligatorische außerunterrichtliche soziale und politische Lernangebote/Projekte, die aber schulisch begleitet werden. In der sozialwissenschaftlichen Domäne der Sekundarstufe I gibt es eine solche Verpflichtung nur im Teilbereich Wirtschaft in Form des obligatorischen Schülerbetriebspraktikums etc. Für die politische Bildung fehlen solche vergleichbaren verbindlichen Lernformate vollständig.
- Angebote im (offenen) Ganztagsbereich, z.B. am Nachmittag durch Anbieter der non-formalen, außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

Um diese Zielsetzung umsetzen zu können, sehen wir folgende Handlungsbedarfe:

- Ein höheres Stundendeputat für Politische Bildung an Schulen und den Ausbau der non-formalen politischen Bildung für alle.
- Einen curricularen Ausbau der politischen und sozialen Inhalte im Bereich des sozialwissenschaftlichen Fächerspektrums.
- Eine bessere Versorgung mit qualifizierten Lehrkräften, um den hohen Anteil fachfremd unterrichtender Lehrkräfte zu reduzieren.
- Obligatorische Seminare zur Politischen Bildung für alle Studierenden in der Lehrer_innenbildung zur Förderung einer demokratischen Schulkultur sowie ein verpflichtendes Modul im Bereich der Sozialstrukturanalyse zum Abbau sozialer Vorurteile und zur Sensibilisierung für Heterogenität.
- Finanzmittel zur Umsetzung von Quartiersentwicklung unter Beteiligung von Schulen.

Quellen

Deutsches Kinderhilfswerk (2017): Kinderreport Deutschland 2017. Rechte von Kindern in Deutschland, Berlin.

Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2013): Jugend und Politik. Junge Menschen wollen die Welt verändern – abseits etablierter Parteien, München.

MSW (2017): Das Schulwesen in NRW aus quantitativer Sicht 2016/17, Online: https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Service/Schulstatistik/Amtliche-Schuldaten/Quantita_2016.pdf.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Online: http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=6.